

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at

Nummer 3 / Juli 2015

Liebe KollegInnen und Kollegen!

Nach den Wahlen im Burgenland und in der Steiermark: „Dem Wählerwillen entsprochen?“

**Nein, ein Rechtsruck im Interesse des Kapitals und der jeweiligen
Politbonzen von SPÖ, ÖVP und FPÖ!**



Foto: SJ/facebook

Die Vorgänge der letzten Wochen nach den Wahlen im Burgenland und in der Steiermark veranlassten die Parteien und die Medien davon zu reden, dass die nunmehr gebildeten neuen Koalitionen dem Wählerwillen entsprechen würden, weil die Strache-Blauen Zugewinne verzeichnen konnten. Das hatte zur Folge, dass im Burgenland Rot-Blau, in der Steiermark Schwarz-Rot installiert wurde. Allein die unterschiedlichen Koalitionen im Burgenland und in der Steiermark zeigen, dass diese Interpretation nicht stimmt. Aber es werden noch eine ganze Reihe anderer Nebelgranaten geworfen, um ja zu verschleiern, was die arbeitenden Menschen beschäftigt und berührt.

Im Burgenland betrug die Wahlbeteiligung 76%. In Bezug auf alle Wahlberechtigten verteilen sich die Stimmen wie folgt: SPÖ 31,5%, Nichtwähler 24%, ÖVP 21,9%, FPÖ 11,8%, Grüne 4,9%, LBL 3,7%, Neos 1,8%, Ungültige 0,4%.

In der Steiermark betrug die Wahlbeteiligung 67,9% in Bezug auf alle Wahlberechtigten verteilen sich die Stimmen wie folgt: Nichtwähler 32,1%, SPÖ 20,4%, ÖVP 19,4%, FPÖ 18%, Grüne 4,45%, KPÖ 2,9% Rest u. ungültig 4,75%.

Lauter Minderheitsparteien

Das heißt, mit Ausnahme der burgenländischen SPÖ, sind alle gewählten Parteien eigentlich Minderheitsparteien: Die Zahl der Nichtwähler alleine ist größer als die Zahl der Wähler der jeweiligen Parteien.

Das heißt, alle Parteien sind weit weg vom Volk. Alle Parteien orientieren sich nicht am Wähler, sondern mehr oder weniger an der Wirtschaft und wetteifern vor den Kapitalisten nur darum, wer dem Volk den Sozialabbau, den Demokratieabbau, die „Notwendigkeit“ der Aufrüstung von Polizei und Militär, die Kriegspropaganda im Namen des Friedens und des Antiterrorkampfes, die Hetze gegen Ausländer und Flüchtlinge als Schutz der Einheimischen „verkaufen“ kann. Damit soll im Dienste der großen Konzerne und Profiteure von der immer unverschämter werdenden Aussackelei und Erschwernis des täglichen Lebens durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot bzw. horrenden Mieten, steigende Preise und Tarife usw., abgelenkt, ja der Unmut weg von den Kapitalisten hin zu den Schwächsten der Gesellschaft gelenkt werden. Denen, die unermesslich viel haben, soll nichts genommen werden, wohl aber denen, die kaum noch etwas zum Leben haben. Statt einer solidarischen wird eine entsolidarisierte Gesellschaft vorangetrieben. Es wird Neid und Hass gestreut und nach unten gelenkt, damit die Oberen weiter abkassieren

können und die Masse insgesamt noch ärmer gemacht werden kann. Teile und herrsche ist die Devise der Kapitalisten und der Regierenden.

FPÖ wird von oben her für salonfähig erklärt

Die FPÖ wird schon seit einiger Zeit immer mehr für salonfähig erklärt, damit die Menschen, statt sich gegen ihre Unterdrücker zu wenden und zu wehren, ein Ventil bekommen, ihren Unmut weiter mit dem Wahlzettel auszudrücken und ansonsten brav weiter zu hackeln oder brav weiter sich in ihr arbeitsloses Schicksal dreinzufinden. Sie sollen für die Missstände nicht die Konzerne, Spekulanten, Finanzhaie, Kapitalisten, sondern die „Nichtstuer“ „die Ausländer“, etc. verantwortlich machen.

So soll davon abgelenkt werden, dass es die Kapitalisten sind, die für die zunehmende Verunsicherung und Not verantwortlich sind, weil sie ihren durch Ausbeutung angehäuften Reichtum eben nicht für Bildung, nicht für gerechte Löhne und Gehälter, nicht für ausreichende Pensionen verwenden wollen. Damit leiten die Kapitalisten den von allen Menschen erwirtschafteten technischen Fortschritt in noch mehr Profit für einige wenige um, statt die Wertschöpfung z.B. für eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und mehr Wohlstand für alle herzugeben.

Die Menschen wollen keine rechte Politik

Die Wahlergebnisse zeigen auch, dass die Mehrheit noch immer die SPÖ wählt. Die Nichtwähler sind in der Masse meist die enttäuschten SPÖ-Wähler, denn rechts gibt es ein breites Spektrum, das zur Wahl steht.

Was die Menschen wollen ist: keine Belastungen auf ihren Rücken und keine Schonung der Reichen, sie wollen keine Abkassierer und korrupten Politiker. Aus Ohnmacht und Wut, weil SPÖ und ÖVP nichts gegen steigende Arbeitslosigkeit, Preise und Mieten, nichts gegen sinkende Pensionen und Bildungs- und Berufschancen oder nichts für sinnvolle Erwerbsaussichten für Jugendliche unternehmen, wenden sie sich von Rot-Schwarz ab, gehen entweder nicht zur Wahl (Nicht- und Ungültigwähler) oder wählen aus Protest vor allem die FPÖ.

Die FP verwendet nur aus Gründen der Wahl- und Machttaktik das „Ausländerthema“. Was früher „die Juden“, „die Tschuschen“, „die Jugos“, „der Türk“ usw. waren, heute die „Islamis“, bzw. ein Großteil der Flüchtlinge aus Krisen- und Kriegsgebieten, also „die Ausländer“. Die Herrschenden werten die FPÖ samt ihrer Ausländerhatz immer mehr auf. Z.B. vergibt das Blatt der Kapitalisten „Die Presse“ (15.6.15) schon Noten für die Regierungsfähigkeit vieler FP-Chefs der Bundesländer.

Selbst die „Kronen-Zeitung“ (7.6.15) muss kleingedruckt eine Umfrage zitieren, in der laut einer „Profil“/Uniqueresearch-Umfrage **61% der Befragten nicht für eine Regierungsbeteiligung der FPÖ auf Bundesebene und 59% sich die FPÖ nicht in einer Landesregierung vorstellen können.**

FPÖ und Kapital machen mit Protestwählern rechte Politik

Die berechtigte Ablehnung der Belastungspolitik von Schwarz-Rot nutzen FPÖ, Industrie und Medien und münzen das um zu einer Zustimmung zu noch mehr Sozial- und Demokratieabbau, zu noch mehr Flexibilität – sprich noch mehr arbeiten zu noch weniger Geld, zu noch mehr Entsolidarisierung der Gesellschaft, sprich zu einer rechten Politik wie von der Industrie (z.B. Industriellenvereinigung) auch propagiert und von FPÖ-/Strache politisch unter anderem über das „Ausländerthema“ propagiert wird. Wenn es nach Strache geht, sollen dann alle Inländer Arbeit zu „Ausländerlöhnen“ haben. Der niederösterreichische Finanzlandesrat Sobotka und der neue steirische ÖVP-Landeshauptmann Schützenhöfer fordern auch schon die Kürzung der Mindestsicherung oder „gemeinnützige Arbeit“ für diese Menschengruppe. Das schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern nur neue Lohndrückerei. Na Super! Aber nur für die Herren Industriellen.

Dem Kapital ausgeliefert

Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der arbeitenden Menschen. Freiwillig geben die Kapitalisten nichts her. Sie müssen durch Stärke, Solidarität und Kampf dazu gezwungen werden. Deshalb und dazu haben die arbeitenden Menschen schon im 19. Jahrhundert Gewerkschaften und sozialistische Parteien gegründet.

Doch ihre heutigen Nachfahren, SPÖ- und ÖGB-Spitzen haben durch ihre erfundene Ideologie der „Sozialpartnerschaft“, besonders nach dem 2. Weltkrieg „ihren“ Frieden mit dem Kapital geschlossen. Die Folge war, dass das nach dem Krieg schwache Kapital immer stärker werden konnte und sich seit nunmehr einigen Jahrzehnten im Namen von „Neoliberalismus“ aufführt wie schon immer: Ausbeutung, Sozialabbau und letztendlich Krieg zur Profitsicherung.

SPÖ- und ÖGB-Spitzen haben dabei ihre Kraft gegenüber den Kapitalisten selbst stark geschwächt, weil sie davon ausgingen, dass sie das Kapital „einbinden“, „zähmen“ und auf allen Ebenen beteiligen müssten. Und sie glaubten, dass die Kapitalisten das auch anerkennen würden und die SPÖ- und ÖGB-Spitzen ihren Machteinfluss belassen würden. Doch das haben die Kapita-

listen und ihre Parteien, die ÖVP und die FPÖ – heute zusätzlich die Haselsteiner-Neos, die Stronach-Partei und die „Mit-allem-können-Grünen“ (mit SPÖ, mit ÖVP in Wien, OÖ, Tirol, Vorarlberg, mit FPÖ/BZÖ/Stronach in Salzburg und Kärnten) – natürlich nicht gemacht. Im Gegenteil: über die Jahre haben sie der SPÖ, deren stärkstes Kapital, die eigenen Mitglieder (in den 70er Jahren noch 700.000 – heute gerade noch 200.000), durch die wirtschaftsfreundliche und zuletzt direkt neoliberale Politik der SPÖ, abspenstig gemacht. Die Kapitalisten und ihre Parteien haben die Jagd auf die SPÖ-Machträger seit langem eröffnet, weil deren Spitzen – im Verein mit den Gewerkschaften – noch immer ein gewisser Wall gegen den totalen Sozialabbau waren. Aber jetzt wollen die Kapitalisten und allen voran ihre ÖVP im Wettstreit mit der FPÖ alles privatisieren, was noch nicht privatisiert ist: den Wohnbau in Wien, oder den gesamten gemeinnützigen Wohnbau, oder die Sozialversicherungen und die Pensionen noch mehr kürzen und auf private Versicherungen umdirigieren oder die Aus- und Weiterbildung immer nur für Geldleute ermöglichen. Der Staat soll nicht die Rahmenbedingungen für ein solidarisches Leben der Allgemeinheit garantieren, sondern die Profite einiger weniger.

Medien legen absichtlich eine falsche Fährte

Die Leitmedien des Landes stellen jetzt die Gewinne der FPÖ als überwältigend und unvorhersehbar hin und führen dies vor allem auf das Ausländerthema zurück. Damit tun sie einerseits FP-Strache einen Gefallen, der ja damit wahlwirbt, jedoch vor allem aus dem Frust mit den anderen Parteien selbst unerwartet so viele Stimmen bekam (siehe Steiermark, wo es insgesamt gerade einmal 5.000 „Ausländer“ gibt). Andererseits nützen sie vor allem dem Kapital, das eine Ablenkung vom Sozial- und Demokratieabbau auf „die Ausländer“ gut gebrauchen kann, um noch mehr „Sparen“ und „Reformen“ durchdrücken zu können. Besser für das Kapital, der Protest wird als „Ausländerprotest“ hingestellt und aufgefangen, als dass sich der Protest als Protest gegen die kapitalfreundliche Politik und die Profitwirtschaft manifestiert.

Was macht die SPÖ als Antwort darauf?

Sie wich und weicht immer mehr zurück. Gibt dem Kapital in Salamtaktik was es fordert. Gibt ihren Mitgliedern und Wählern nur mehr hohle Worte. Die Folge ist der besagte Mitglieder- und Wählerschwund. Statt die Wähler durch eine wirkliche Politik für die arbeitenden Menschen, für Verbesserungen für die einkommensschwachen Schichten schnell zu handeln, gibt es wieder nur „Reformen“ im Sinne des Kapitals. Als Antwort auf die Wahlniederlagen suchen die SP-Mächtigen nicht

die „Koalition“ mit den arbeitenden Menschen – und sei es in der Opposition – , sondern die Koalition nun auch mit der FPÖ. Durch den Schritt von SP-Landeshauptmann Hans Niessl im Burgenland wurde ein Signal gestellt, dass es auch einmal auf Bundesebene wirklich einen FP-Kanzler geben kann. Denn warum soll jetzt noch jemand SPÖ wählen, wenn Niessl sagt, mit der FPÖ gebe es ein gutes Koalitionsübereinkommen?

Es stimmt natürlich, dass die ÖVP jede Gelegenheit nutzt, mit der FPÖ eine Mehrheit gegen die SPÖ zu basteln (siehe die ÖVP-Drohung im Burgenland und in der Steiermark, siehe die VP-FP-Koalitionen gegen die stimmenstärkste Partei, die SPÖ, nicht nur im Jahr 2000, sondern gerade dieses Jahr nach den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich und der Steiermark). Aber hat die SPÖ, indem sie auch nur mehr Machtspiele macht, sich von der Erpressung der ÖVP befreit? Keineswegs, wie die Steiermark zeigt. Da drohte die ÖVP mit der ÖVP-FPÖ-Koalition und holte sich als zweite den Landeshauptmann von der erstplatzierten SPÖ. Wenn die SPÖ Politik nur um des Machterhalts willen betreibt, ist sie jetzt, durch die Öffnung der Schleusen zur FPÖ hin eigentlich noch mehr erpressbar. Vielleicht ist es ein Gewinn für die SP-Oberen auf Zeit, d.h. dass diese länger auf Führungssesseln als 1. oder 2. mit dabei sein dürfen. Für die SPÖ-Mitglieder- und Wähler und für die ganze arbeitende Bevölkerung bedeutet dies aber eine Verschlechterung zumindest ihrer sozialen Lage. Wie sagte die Vorsitzende der „Sozialistischen Jugend“ der SPÖ, Julia Herr, zu ihren Parteispitzen richtig: „Macht bringt nichts, wenn sie keine sozialdemokratischen Inhalte umsetzen kann.“

Für die SPÖ, für jede Partei die sich „sozial“ nennt, müsste gelten: Ob in der Regierung, ob in der Opposition. Die arbeitenden Menschen müssen das Sagen haben, d.h. müssen die Richtschnur für das Handeln der Partei sein. Doch so eine Partei gibt es derzeit in Österreich nicht!

Was machen die Herrschenden? Einen Rechtsruck!

Es ist wahr, dass die FP genauso oder noch mehr korrupt ist als SPÖ-ÖVP oder diverse Kleinstparteien von Stronach-Team bis Haselsteiner-Neos, die aus FPÖ/BZÖ/ÖVP hervorgegangen sind, weil die FP genauso nur die Kapitalisten bedient:

- siehe Hypo-Mega-Skandal (25 Milliarden Euro Schaden) der ein ganzes Land vor die Pleite brachte und alle Steuerzahler zur Kasse bittet, also die sog. „kleinen

Leute“ zahlen, für die sich die FP angeblich so stark macht und nun als Vorwand für weiteren Sozialabbau in allen Bereichen dient,

- siehe schwarz-blaue Regierung ab dem Jahr 2000 mit Pensions- und Sozialleistungskürzungen, Demokratieabbau und Polizeiausbau, Vorratsdatenspeicherung ...

Die Wirtschaft will noch willigere und billigere Arbeitskräfte, egal ob Österreicher oder noch lieber billigere gut ausgebildete aus dem nahen Ausland (Deutschland, Osten). Gegen die Arbeitshetze, den Arbeitsdruck, das Lohndumping wird von Regierung und Gewerkschaften praktisch nichts gemacht. Oder doch: sie geben den Unternehmern sogar Stück für Stück nach.

Die FPÖ als „Opposition“ kritisiert manches oberflächlich, aber keine Kritik an Konzernen, Lohndumping, Wohnungsspekulanten, Bankspekulanten oder gar Hypo. Und als die FPÖ in der Regierung war, hat sie noch schneller als Rot-Schwarz der Wirtschaft zu Diensten „Reformen“ auf Kosten des in der Opposition so hoch gehaltenen „kleinen Mannes“ (denn Frauen gibt's bei der FPÖ kaum) durchgedrückt mit dem Oberaubermann und Parteiwechsler KHG (von der FPÖ zur ÖVP), der bis heute x Gerichte in Fragen der Korruption beschäftigt.

Die arbeitenden Menschen, ob Wähler oder Nichtwähler, sollen sich an dieses Belastungs- und Hetzkarussell gewöhnen. Abwechselnd die, dann wieder die anderen wählen, aber für uns wird's immer weniger und enger, während die Großen, die Krisengewinnler, immer mehr, immer fetter und frecher werden. Für uns gibt's immer weniger zu wählen. Alle Parteien haben letztlich das gleiche Konzept und Rezept: „Sparen“ müssen wir, die kleinen Leute. Wenn nicht die Inländer, dann eben die Ausländer, aber letztlich alle – für die Reichen. Sei es langsamer oder schneller, sei es mit SP, VP, FP oder auch schon mit den Grünen, ganz zu schweigen von den Stronach- und der Haselsteiner-Neos Parteien, die sich ganz offen anbieten.

Wählen können nur die Kapitalisten. Sie suchen sich aus, welche Parteien am besten ihre Interessen dem Volk verkaufen oder letztlich sogar diktatorisch aufzwingen können. Ob schwarzer, blauer, roter, rosa, gelber, oranger oder grüner Profit. Profit bleibt Profit und schadet uns, der Masse der Bevölkerung!

Als erstmalig aufgrund der SPÖVP- Sparprogramme der späten 1980er und der 1990er Jahre die Menschen bei Wahlen verstärkt zu Hause blieben oder die FPÖ wählten, war die Reaktion

der Regierungsparteien: Schuld sind die Wähler, nach dem Motto „Wir Parteien brauchen ein anderes Volk“.

Jetzt, da die Wahl der FPÖ aus Protest zu einer Dauererscheinung zu werden droht, schluckt der Strache-Wolf Kreide und sagen Partei- und Wirtschaftsvertreter, vermelden Medien- und Meinungsmacher auf einmal, man müsse dem „Wählerwillen“ entsprechen. Jetzt, da die Eliten beschlossen haben, es auch mit der FP, vielleicht gar auch mit einem FP-Strache-Kanzler zu probieren. **So soll der Rechtsruck ganz normal daherkommen. Lieb und schön und „wählergewollt“. Doch die Mehrheit der Wähler – siehe oben – will nicht!**

Wollen wir das nicht? Gut!

Dann lassen wir uns nicht länger missbrauchen, sei es als Wähler, sei es als Nichtwähler. Was heißt das? Werden wir aktiv. Es gibt dazu viele Wege, aber nur eine Richtung: denen allen die Gefolgschaft – ob aktiv oder passiv – aufzukündigen und selbstständig und gemeinsam aktiv zu werden. Aufzustehen, zu demonstrieren, sich nach oben zu verweigern, aber nach unten zu solidarisieren, sich zusammenzuschließen. Ähnlich wie früher schon die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, für politische Selbstbestimmung. Das geht, braucht aber Zeit, Einsatz und Gemeinsamkeit. Einen anderen Weg – immer wieder und immer noch hoffen auf „neue Vertreter“ oder gar einen „neuen Führer“, die das für einen machen, gibt es nicht! Oder es endet wie schon einmal in der jüngsten Geschichte in Diktatur und Krieg.

Was machen wir?

Es gibt viele Gruppen, Initiativen und Menschen, die das ähnlich sehen. Viele, die gerade jetzt öffentlich den Rechtsruck der SPÖ („Rot-Blau-Nein“) ablehnen und sich neu formieren. Mit vielen von ihnen stehen wir in Kontakt. Wir bieten an: treffen wir uns, organisieren wir uns gemeinsam.

Trotz aller Kapital-, Medien-, Parteien- und Sozialpartnerschafts-Übermacht konnte die Bevölkerung in Österreich gegen den Willen der Herrschenden einiges erreicht werden:

- kein AKW in Zwentendorf, keine AKWs in Österreich
- kein Atommüll-Endlager in Österreich
- kein Wasserausverkauf
- kein Berufsheer

Wir/Sie/Du sind nicht allein, wenn wir nicht allein bleiben.

Schreibt uns Eure/Ihre Meinung und Vorschläge. Werden wir aktiv!

Nicht die Menschen, der Atomprofit soll überleben



Im Windschatten des Pro-Atom-Entscheids der EU-Kommission für das britische AKW Hinkley Point setzen nun auch wieder Ungarn (Paks) und Tschechien (Temelin + Dukovany) erneut auf den Ausbau der Atomenergie. Tschechien betreibt bisher zwei Atomkraftwerke mit insgesamt zehn Reaktorblöcken an den Standorten Dukovany und Temelin. Mit dem Beschluss einer neuen Energiestrategie sollen vier weitere Reaktoren dazukommen. (ORF, 24.5.15)

Dabei hatte die tschechische Regierung noch im Feber des Vorjahres festgehalten, dass es ohne Milliarden-Subventionen keinen Ausbau von Temelin geben werde (Kurier, 13.2.14). Jetzt ist alles anders. Woher kommen die Milliarden? Sie gehen den arbeitenden Menschen und dem Ausbau der erneuerbaren Energien ab. Die Milliarden für AKW und Atomrüstung gehen auf Kosten von Gesundheit und Leben der Bevölkerung. Während in vielen Bereichen es gerne heißt Staatssubventionen seien pfui, bekommt die Atomindustrie die höchsten Milliarden-Subventionen aus Steuergeldern – ohne die Bevölkerungen zu fragen.

Auch in **Frankreich** wird trotz Kostenexplosion weitergebaut. Geld spielt für die Atomlobby keine Rolle. Das im Bau befindliche **AKW Flamanville** weist nach Erkenntnis der französischen Atomaufsichtsbehörde gravierende Mängel in relevanten Material-Komponenten wie dem Reaktordruck-

behälter auf. Zudem sind schon jetzt die Kosten völlig überhöht und der Zeitplan überschritten.

In **Großbritannien** hat im Wahlkampf der wiedergewählte britische Premier Cameron ein Loblied auf den freien Markt gesungen. Doch falls er es ernst meint, dann dürften AKWs keine Chance mehr bekommen. Im Jahr 2000 hat die Produktion einer kWh Solarstrom z.B. in Deutschland 70 Cent gekostet, heute kostet sie 10 Cent, in etwa zehn Jahren noch 5 Cent. Die Windenergie ist noch günstiger. Atomstrom in Großbritannien kostet aber beim jetzt genehmigten AKW Hinkley Point C etwa 35 Cent pro kWh. Allein dieses AKW braucht 23 Milliarden Euro an Subventionen. (Publik-Forum, 10/2015).

Warum das so ist? Weil die EU eben auch eine Atom-UNION ist, basierend auf EURATOM, die nach wie vor den AKW- und Atomwaffenausbau im EURATOM-Vertrag hat – Atomunfälle hin, Gesundheits- und Lebensgefährdung her. Der Atomprofit muss überleben, das ist das Motto der Atommafia weltweit und auch in der EU. So hat eben die EU Großbritannien erlaubt, die Atomenergie so hoch zu subventionieren, dass ein neues AKW gebaut werden kann – und weitere folgen sollen.

Die Milliarden-Subventionierung der „zivilen“ Atomenergie sind letztlich Quersubventionen für die Atomwaffenindustrie!

Raus aus EURATOM und IAEA!

Nicht nur Klage beim EuGH einreichen, sondern keinen Cent mehr für die Atomlobby – sofort!

Nur das heißt Anti-Atompolitik. Alles andere ist Augenauswischerei – sowohl von der Regierung als auch von der Opposition, sei sie blau, grün, rosa oder gelb bis hin zu Greenpeace, Global und Kronen-Zeitung.

Man nennt sie Nuclear-Gipsy, Liquidator, Strahlenfutter

Über die Situation der Arbeiter in ramponierten AKWs

Dass die Aufräumarbeiten nach einem AKW-Unfall äußerst gefährlich, ja tödlich sind, wissen wir. Dennoch ist niemandem das wirkliche Ausmaß klar, ja vielleicht scheuen wir davor zurück, uns das bewusst zu machen – zu ungeheuerlich ist es, was in Tschernobyl, Fukushima,

La Hague (Frankreich) – um nur die Spitzen zu nennen – passiert.

Für die gefährlichsten Tätigkeiten werden in japanischen AKWs Tagelöhner eingesetzt, die von Atomkraftwerk zu Atomkraftwerk wandern, um dort kontaminierte Abfälle zu entsorgen. Sie

werden auch Gipsy genannt, sie selbst nennen sich mit einer großen Portion Selbstironie „Strahlenfutter“, angelehnt an den Begriff „Kanonenfutter“.

Sie sind das Lumpenproletariat der Atomindustrie, dem man alles zumuten darf. Innerhalb weniger Tage nehmen sie die jährlich erlaubte Strahlenbelastung auf. Die allermeisten erkranken früher oder später. Genaue Zahlen sind aber nicht bekannt. Das hat mit der besonderen Art ihres Arbeitsverhältnisses zu tun. Sie sind meist Wanderarbeiter, kaum organisiert und noch dazu arbeiten sie in einem verschlungenen System von Subunternehmen. (So sind z.B. zwischen den Arbeitern und der Betreiberfirma TEPCO 8 Subunternehmen dazwischen geschaltet.) Damit ist nicht mehr nachvollziehbar, bei wem man eigentlich arbeitet, wer verantwortlich ist, an wen man sich mit Entschädigungsforderungen im Krankheitsfall wenden könnte.

Die Tätigkeit dieser Arbeiter besteht darin, verseuchtes Material (z.B.: Kühlwasser) weg zu schaffen, Filter auszutauschen, kontaminierte Fässer zu reinigen, usw. Die zur Verfügung gestellten Schutzanzüge sind nicht zweckmäßig. Sind sie wirklich nahezu dicht, sodass keine Luft direkt mit der Haut in Berührung kommt, beschlagen sich die Schutzbrillen und die Arbeiter können nicht miteinander kommunizieren. Zudem sind sie aus einem Kunststoff gefertigt, der eigentlich keinen Schutz vor der Strahlung bietet. Nur Blei kann vor Radioaktivität schützen. Ein entsprechender Anzug mit 10 mm Blei-Auskleidung würde 2,5t wiegen. Aber das ist ja ohnehin nicht notwendig – hat man doch die Tagelöhner. So sehen es die AKW-Betreiber, die den Arbeitern die wahre Strahlenbelastung verheimlichen.



AKW und Atombomben sind siamesische Zwillinge!

In Fukushima ist das nicht mehr so einfach. Hier locken die zahlreichen Subfirmen von TEPCO Männer mit der Zusage, nur unter relativ harmloser Strahlenbelastung arbeiten zu müssen. Vor Ort sieht es dann meist anders aus und wer nicht unter den gefährlichen Bedingungen arbeiten will, wird hinausgeschmissen.

Der Öffentlichkeit wird etwas anderes präsentiert: Einer der TEPCO-Manager erklärte bei einer Pressekonferenz, dass die Arbeiter nach der Gefährlichkeit ihres Einsatzes bezahlt werden. In der Realität schneidet dann aber die japanische Mafia, die auf jeden Fall in die Subfirmen, wenn nicht sogar in die Betreiberfirma selbst, involviert ist, an den Löhnen mit. Die Arbeiter haben vor den Einschüchterungen der Mafia Angst. Die japanische Regierung sieht sich nicht veranlasst, gegen diese Verbrecher-Organisation aufzutreten, sorgt diese doch gleichzeitig dafür, dass „Strahlenfutter“ herbei geschafft wird.

Derzeit sind in Fukushima 7.000 Arbeiter mit den Aufräumarbeiten beschäftigt, 90% sind Tagelöhner, die zu den oben beschriebenen Konditionen arbeiten und kaum gewerkschaftlich organisiert sind. Es wird noch ca. 10 Jahre dauern, bis sie ins Innere des Katastrophen-Reaktors vordringen. Bis dahin sickert radioaktiv verseuchtes Grundwasser ins Meer.

(Quelle: Ö1, Hörbilder – 5.4.2015, Judith Brandtner)

So ist es in Japan, nicht anders war und ist es noch immer in Tschernobyl oder La Hague (Frankreich). Wer glaubt, dass es an einem anderen Ort wirklich besser wäre? Die Atom-Industrie ist skrupellos, wo immer sie auftritt.



Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki jähren sich dieses Jahr am 6. und 9. August zum 70. Mal.

Pleiten und Pleitegeier

Investoren und Agrarkonzerne fleddern die ukrainische Schwarzerde

Schwarzerde:

Die fruchtbarsten Äcker Europas liegen in der Ukraine. Trotz, oder vielleicht sogar wegen dieses Naturreichtums gab es sowohl im zaristischen als auch im sowjetischen Russland immer wieder apokalyptische Hungersnöte mit bis zu sechs Millionen Opfern in den Jahren 1932/33. Sowohl bei der Hungersnot im zaristischen Russland 1891/92 als auch bei der sowjetischen 1932/33 wurden in der Zeit davor und bis in ärgste Not hinein über 10 Millionen Tonnen Getreide exportiert. Die so erzielten Profite oder der Mehrwert wurden in beiden Fällen zur Industrialisierung eingesetzt und nicht in die Landwirtschaft investiert. Diese „Verachtung“ des ländlichen Raumes und seiner Bevölkerung bewirkte eine bis heute auffallende landwirtschaftliche Rückständigkeit. Trotz der reichen Böden erwirtschaftet die ukrainische Landwirtschaft umgerechnet in Euro nur ein Drittel dessen, was die europäische Landwirtschaft aus wesentlich ärmeren Böden erzielt. Bei Getreide z.B. werden mit doppelt so großer Anbaufläche (32 Mio. ha) wie in Deutschland nur 70 Prozent der deutschen Jahresproduktion erzielt.

Landverteilung:

Die durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgröße beträgt vergleichsweise in Österreich ca. 35,0 ha (EU-27-Durchschnitt 12,6 ha). 61,5 % der Betriebe bewirtschaften weniger als 20 ha, nur 4,0 % über 100 ha.

Nach der Privatisierung der ukrainischen Kolchosen in den 1990er-Jahren, wo Land auch an die Kolchosmitglieder abgegeben wurde, werden derzeit fast 40 Prozent der Agrarfläche von 15 Millionen Kleinbetrieben (= 78% aller ukrainischen Betriebe) mit weniger als 1 ha betrieben. Diese ländliche Subsistenzwirtschaft ist trotz aller Umbrüche recht stabil, da sie die Basis für die Ernährung der Bevölkerung bildet. Die Nachfolgebetriebe der Kolchosen bewirtschaften als GmbHs oder AGs rund die Hälfte des Bodens mit durchschnittlich 1200 ha großen Flächen (siehe oben Österreich und EU-27), die von den Landeigentümern gepachtet werden. Die Verpächter erzielen aufgrund der niedrigen Pachtpreise nur geringe Einkommen und werden teilweise sogar nur in Naturalien bezahlt. Immer häufiger werden mit ausländischem Kapital auch Agrargesellschaften mit mehr als 5.000 ha gegründet. Etwa 7 Prozent werden in Flächen 80 – 500 ha von sogenannten „Familienbetrieben“ bewirtschaftet.

Die „schwarze Erde“ erweckte immer schon die

Gier von umgebenden Staaten, wie Österreich-Ungarn, Polen oder Deutschland. Alfred Frauenfeld, der erste Gauleiter von Wien, wurde im September 1942 zum Generalkommissar für Taurien (die Krim) im Reichskommissariat Ukraine ernannt und hat die Umsiedlung der Südtiroler als Landeigentümer in die Ukraine vorgeschlagen. Hitler meinte aber, dass damit erst nach dem Ende des Krieges begonnen werden könne. Es denkt zwar heute niemand daran, Südtiroler als Grundbesitzer einzusetzen, der Gedanke aber mit deutschen und österreichischen Unternehmern und Führungskräften den Boden und die Bevölkerung der Ukraine auszubeuten ist durchaus weit verbreitet und immer häufiger treten diese auch als Pächter bei Betrieben über 1.000 ha auf.

Strahlende Bioprodukte:

Wegen des geringen Dünger- und auch Pestizidbedarfs entstehen zahlreiche „Biobetriebe“ in der Ukraine und liefern seit Jahren auch in die EU. Da bei den Produkten zur Bio-Zertifizierung zwar der Pestizidgehalt, nicht aber die radioaktive Belastung gemessen wird, gelangen auch immer wieder radioaktiv belastete Produkte in unsere Handelsketten. Die Ukraine hat ihr Radioaktivitäts-Überwachungsprogramm 2009 eingestellt und die atomfreundliche EU ist auf dem radioaktivem Auge gerne blind (diese Strahlen sieht man ja auch nicht). Nach Messungen von Greenpeace im Jahr 2011 wurden noch zahlreiche verseuchte Produkte, wie Pilze, Beeren und Milch gefunden, die zwar ganz beträchtlich die ansässige Bevölkerung und hier vor allem die Kinder bedrohen, aber mit der wachsenden Anbindung an die EU auch in unseren Regalen landen. Bei einer Stichprobe von zwanzig Heidelbeer-Konfitüren wurde 2013 in Schweizer Geschäften bei vierzehn eine Belastung mit radioaktivem Cäsium-137 festgestellt. Am meisten strahlte die Bio-Konfitüre «Die charmante Heidelbeere» von Sonnentor. Pro Kilogramm Konfitüre wurden 133 Becquerel Cäsium-137 gemessen. Die dafür verwendeten Heidelbeeren enthielten damit über 200 Becquerel – berechnet aus dem Fruchtanteil der Konfitüre. Das ist doppelt so viel wie der Schweizer Toleranzwert für Wildbeeren von 100 Becquerel pro Kilo (der EU Grenzwert für Importe aus Japan wurde nach Fukushima auch mit 100 Bq/kg festgelegt). Man sollte also gerade im Hinblick auf das nunmehr beschlossene Assoziierungsabkommen mit der Ukraine bei den Herstellern unserer Konfitüren

nachfragen, woher die eingesetzten Früchte stammen.

Auch bei Holzpellets, die zwar jetzt noch über die baltischen Staaten eingeführt werden, traten immer wieder Werte von Cäsium-137 auf, die recht deutlich auf eine ukrainische Herkunft schließen lassen. Die mit radioaktivem Feinstaub belastete Luft atmen wir dann bei Inversionswetterlagen tagelang ein und es wird uns noch eingeredet einen Beitrag zur Klimakrise zu leisten.

Landgrabbing und Profitmaximierung:

Haben wir bisher von Agrarbetrieben gesprochen, die im österreichischem und im EU-Vergleich schon riesig sind, so hat sich durch das Assoziierungsabkommen mit der EU und durch voraussichtliches Auslaufen des Moratoriums für Landverkäufe die Lage extrem verschärft. Die ganz großen internationalen Agrarkonzerne, Gentechnologiesriesen und Spekulanten agieren nun ungebremst. Das bis heute umkämpfte Land ist weltweit der größte Exporteur von Sonnenblumenkernen, der drittgrößte Exporteur von Mais und Raps und der fünftgrößte Exporteur von Weizen. Mit mehr als zweiunddreißig Millionen Hektar fruchtbaren Ackerlands entsprechen die Anbauflächen einem Drittel der gesamten Landwirtschaftsfläche in der Europäischen Union. Das Abkommen mit der EU umfasst auch die Umstrukturierung und Entwicklung in der Landwirtschaft. Eine Klausel in Artikel 404 verpflichtet beide Parteien zusammenzuarbeiten, um "die Nutzung der Biotechnologien innerhalb des Landes zu erweitern". Hier winken auch fette EU-Subventionen. Die amerikanischen Konzerne Monsanto, Cargill und DuPont haben schon Milliarden investiert in die Errichtung von Industrieanlagen für Pflanzenschutzmittel, Saatgut, Düngemittel, Getreidelagerung und Tierfutter. Sie wollen jetzt nicht nur Agrarbetriebe finanzieren und Land für

50 Jahre pachten, sondern auch Land kaufen. Hier stehen Flächen von hunderttausenden ha in Verhandlung. Im März 2014, nur wenige Wochen nachdem Präsident Janukowitsch (der das EU-Abkommen ablehnte) in einem vom Westen initiierten Staatsstreich abgesetzt wurde, investierte Monsanto 140 Mill. US-Dollar in den Aufbau einer neuen Saatgutproduktion. Cargill besitzt nun mindestens vier Getreidesilos und zwei Sonnenblumenverarbeitungsanlagen für die Produktion von Sonnenblumenöl. Alle Aspekte der ukrainischen landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette – von der Erzeugung von Saatgut und anderen agrartechnischen Produktionsmitteln bis zum tatsächlichen Versand der Waren aus dem Land werden zunehmend von westlichen Firmen kontrolliert. Die ukrainische Bevölkerung ist dem von der ukrainischen Regierung zugelassenen "Gen-Food" auf Gedeih und Verderb ausgesetzt, wenn konventionelle und naturnahe Anbaumethoden immer mehr verdrängt und zu teuer werden. Nicht nur durch Verminderung der Anbauflächen sondern auch durch die Verunreinigung mit gentechnisch verändertem Saatgut werden die Kleinstbetriebe konfrontiert und letztlich zur Aufgabe gezwungen. Die extreme Forcierung von Monokulturen bewirkt auch eine massive Bodenerosion. Eine Studie der Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen und der Weltbank fand heraus, dass rund 500 Millionen Tonnen ukrainischen Ackerbodens jährlich erodieren. Der Wertverlust liegt geschätzt bei einem Drittel des gesamten landwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukts. Wenn der eingeschlagene Weg fortgesetzt wird und die Basis der Versorgung der Bevölkerung durch Kleinbetriebe zerstört wird, dann wird die ukrainische Bevölkerung nach zaristischen und sowjetischen Hungersnöten in wohl nicht allzu ferner Zukunft auch neoliberale Hungersnöte erleiden müssen.

Leitner-Strache-Kurz im Erstaufnahmezentrum

Wie wäre es, wenn Johanna Mikl-Leitner, Heinz Christian Strache und Sebastian Kurz, die aus Österreich wegen unhaltbarer Zustände geflüchtet sind, sich im Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen befinden würden. Wegen der Überfüllung des Lagers müssen sie aber in ein Zelt im Garten der Polizeiakademie gleich nebenan umziehen. Keine Privatsphäre, Klos ohne Türen, verdächtigt als Wirtschaftsflüchtlinge und als Menschenrechtsverbrecher, die den Einheimischen die Arbeit und die Sozialleistungen wegnehmen usw. Jeden Tag Demonstrationen vor ihrer Nase, die

ihnen deutlich sagen und zeigen, dass sie unerwünscht sind, begrenzter Ausgang, lange Wartezeiten auf Behandlung ihrer Asylanträge, keine Arbeitsmöglichkeit, Papiere und Schriftstücke in Amtsdeutsch müssen von ihnen fehlerlos wiedergegeben und beantwortet werden. Der Gipfel aber ist, dass sie erst mit einer Behandlung ihres Antrages rechnen können, wenn sie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auswendig aufsagen können. Mikl-Leitner scheint sich in ihr trostloses Schicksal zu ergeben, HaCe musste vom Lagerarzt nach einem

Tobsuchtsanfall ruhig gespritzt werden. Auch die diplomatischen Versuche von Kurz, hintenherum in geheimen Verhandlungen Vergünstigungen zu erreichen, müssen als gescheitert betrachtet werden. Eine Fiktion!

Nicht, dass wir den genannten Herrschaften einmal „das Vergnügen“ persönlicher Erfahrungen im Asylbereich vergönnen würden. Aber die parlamentarischen und sonstigen Diskussionen bis hin zu Stammtischen und bürgermeisterlicher Ablehnung von Quartieren für Flüchtlinge sind ein Armutszeugnis sondergleichen für die österreichische Politik, die der Meinung zu sein scheint, dass die Österreicher nicht bereit sind, Menschen die in Not sind, zu helfen. Das Gegenteil ist der Fall!

Das Hin und Her wegen diverser Quartiere in Kasernen und sonstigen Gebäuden ist ein lächerliches Schauspiel auf den Rücken der Ärmsten und dient nur dazu, in der Parteienlandschaft einander den Schwarzen Peter zuzuschieben und die Sache des Asyls zu diskreditieren. Ja, es wird sogar so dargestellt, als ob alle Ausländer, die um Asyl ansuchen, Verbrecher seien. Zuletzt der Gipfel politischen Kalküls von Mikl-Leitner: Die Einstellung der Asylverfahren als Erpressung gegenüber der EU-Politik auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen – im Wettlauf mit Strache. Sehr, sehr viele Private gehen mit einem besseren Beispiel voran und handeln entschieden im Sinne der in so einem Fall notwendigen Solidarität und nehmen Flüchtlinge auf, engagieren sich für sie, begleiten sie auf

Übrigens:

Die Hypo Alpe Adria hat die Österreicherinnen und Österreicher genauso viel gekostet wie alle Asylwerber von 1950 bis 2275 zusammen. Verursacht wurde das Hypo-Desaster durch die

Amtswegen, helfen ihnen beim Heimischwerden – eine neue Heimat zu finden.

Praktische Erfahrungen in dieser Hinsicht zeigen, dass im Notfall auch in kleineren Gemeinwesen sofort 20 bis 25 Personen bereit waren, für eine Gruppe von Flüchtlingen zu sorgen, abgesehen von den Sachleistungen, die angeboten wurden. Die Redakteurin einer großen österreichischen Tageszeitung organisierte in nur 48 Stunden ein Fest mit Österreichern und Asylanten, bei dem sich die Teilnehmer selber versorgten und ein tolles Programm aufstellten. Diese und andere Beispiele zeigen auch, dass eine menschenwürdige Politik und Handlungsweise nichts kostet und, wenn so gehandelt wird, keiner der Ankommen den Hiesigen etwas wegnimmt.

Gleichfalls ein Desaster ist die Abschottungspolitik der EU, die aus Europa eine Festung macht und weiter dazu beiträgt, dass, wie etwa bezüglich Afrika, sechsmal so viel an Geldern von dort zu uns zurück fließt, als von uns nach Afrika gegeben wird. Der freie Markt und das Kapital entscheiden über Leben und Tod! Wenn schon Programme, dann nicht nur zur Abgrenzung Europas gegen die Flüchtlinge aus Afrika, sondern etwa Bemühungen um einen Status in Afrika, wenigstens in Nordafrika, in dem dort am Ort mit Ausbildungsplätzen und Produktionsmöglichkeiten Menschen eine Existenz ermöglicht wird, von der EU gefördert, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Wir sind gut beraten, für ausgleichende Gerechtigkeit zu sorgen und nicht den Profit als einzige Maxime anzuwenden.

Partei, die jetzt am lautesten gegen Zuwanderung hetzt. Mit diesem Geld hätte man Asylaufnahmezentren und die zugehörige Bürokratie für die nächsten 260 Jahre finanzieren können (Fabian Grabner, 106.2015 / Facebook).

Rot-schwarz-blau-grüne „Neutralitätspolitik“

Am 15. Mai jährte sich zum 60. Mal die Unterzeichnung des Staatsvertrages, der die Voraussetzung für die Neutralitätserklärung Österreichs im Oktober 1955 bildete.

Die SPÖVP-Koalition samt Bundespräsident gingen daran, dieses Anlasses zu „gedenken“, aber zu verschleiern, dass sie gleichzeitig die Neutralität immer mehr aushöhlen.

So soll Österreich noch mehr bei EU-Militarisierung und bei NATO-Projekten mitmachen und noch mehr Berufssoldaten zu „friedensschaffenden“ Maßnahmen ins Ausland entsenden. Das

alles, wie auch die am 16. Juni in Wien abgehaltene NATO-EU-Konferenz mit Propaganda für die von Faschisten und USA und Deutschland gestützte Poroschenko-Ukraine und einseitige Verurteilung von Russland, zeigt, was unsere „Volksvertreter“ von der Neutralität halten, auf die sie vereidigt sind. 90% der österreichischen Bevölkerung halten an der Neutralität fest.

SPÖ und ÖVP gedenken mit Kreisky oder Figl der Neutralität und treten im gleichen Atemzug die Neutralität mit Füßen. SPÖ-Klug ist für noch mehr EU- und NATO-Kooperation. Im neuen ÖVP-Parteiprogramm ist die Teilnahme an der EU-Armee festgeschrieben. Die Grünen sind ja schon lange für die EU und damit auch für die Teilnahme an einer EU-Armee, die der Neutralität widerspricht. Das alles macht sich FP-Strache zunutze und will den Österreichern glauben machen, dass er für die Neutralität Österreichs eintreten würde. Aber auch von der FP ist kein Wörtchen gegen die tatsächliche Aufrüstung in der von Deutschland dominierten EU oder gegen die NATO-Pläne zu hören (wie sie z.B. in unserer Broschüre „Kriegstreiber am Werk“ beschrieben werden).

Wenn die Bundesregierung von „Neutralität“ spricht, meint sie die Teilnahme an EU-Armee und NATO. Spricht Strache von der Neutralität, dann stellt er sich Österreich unter deutschem Oberkommando vor.

Alle Parteien reden davon, dass sie die Neutralität erhalten wollen, weil die österreichische Bevölkerung nach wie vor – und aus gutem Grund (zwei Weltkriege haben sie gelehrt, nie wieder an der Seite von irgendwelchen Großmächten in Kriege ziehen zu wollen) – diese als einen wesentlichen Beitrag für den Frieden sehen. Das ist unsere Stärke. Und gerade in immer kriegerischen Zeiten die Neutralität zu propagieren, ist unsere Chance.

DAS LETZTE I

„Das geht bei manchen Unternehmen in Richtung **Sozialschmarotzer ... Die Firmen parken ihre Arbeitnehmer beim AMS. Die Parkgebühr zahlen wir alle**“. So AK-Präsident Rudi Kaske zu Praktiken im Tourismus, Beschäftigte kurzfristig an- und abzumelden, d.h. in die Arbeitslose zu schicken, oft die Differenz zwischen Arbeitslose und Lohn als Prämie oder auch den Urlaubsanspruch schwarz auszuzahlen. (Kurier, 27.5.15)

DAS LETZTE II

Achtung Terror – heißt es beinahe schon tagtäglich und wir sollen uns fürchten und Polizei und Militär „vertrauen“. Wirklich? In den USA tötet die Polizei täglich mehr als zwei Menschen. Laut „Washington Post“ gibt es jährlich rund 1.000 tödlich getroffene Polizeioffer. Hinzu kommt die offizielle Opferzahl des FBI von 500 Toten. Da sind bei weitem mehr Tote als durch den herbeigeredeten Terror. Von den Polizei-Todesschützen wird nur ein Bruchteil angeklagt und die meisten wieder freigesprochen (Kurier, 1.6.15)

DAS LETZTE III

Die Grünen kritisierten zwar recht medienwirksam die Auslandsfahrten von Verteidigungsminister Klug. Das ist schon ok. Doch gegen die Auslandseinsätze des Bundesheeres haben die Grünen nichts. Ja die Grünen sind dafür: im Rahmen der EU, der UNO und für ein Berufsheer.

Zitat:

Papst Franziskus:

Es gibt „eine Art dritten Weltkrieg, der stückweise geführt wird“



Bericht von unserer Diskussionsveranstaltung am 10.6.15:

„JA zu Österreichs Neutralität NEIN zu Kriegspropaganda und Kriegsteilnahme“

Aus den Referaten:

Referent D. Stockinger, Vorsitzender der SPÖ Schwechat, tritt als Sozialdemokrat klar und eindeutig für Österreichs Neutralität und damit gegen die Parteilinie ein, die zwar von Neutralität spricht, aber in Taten die Kriegseinbeziehung Österreichs (mit ÖVP in der Regierung und FPÖ in der Opposition) betreibt. Er ist gegen ein Berufsheer, das eine noch weitergehende Einbindung Österreichs in EU- bzw. NATO-Militärstrukturen bedeutet und bei dem österreichische Soldaten unter EU- oder NATO-Kommando für wirtschaftliche bzw. Großmachtinteressen im Ausland eingesetzt werden. Das widerspricht Österreichs Neutralität. Stockinger fordert: Die Sozialdemokratie muss für eine ernsthafte Neutralitätspolitik eintreten und sich hierbei an der Außenpolitik Kreiskys orientieren. Diese hat Österreich viel gebracht. Stockinger kritisiert Österreichs Regierende bzw. Parteien, die entgegen der Neutralität schon in der EU-Verfassung 2005 eine explizite militärische Beistandsverpflichtung und 2009 den Vertrag von Lissabon ratifiziert haben, der u.a. zur dauernden Aufrüstung und zu weltweiten Militärinterventionen verpflichtet. 2013 hat die SPÖ/ÖVP Regierung die österreichische „Sicherheitsdoktrin“ mit den Stimmen der FPÖ im Parlament ratifiziert, diese verlangt ein Mitmachen des Bundesheeres bei der EU-Militärpolitik in allen ihren Dimensionen, d.h. unter anderem an allen Militärmissionen! Das ist mit der verfassungsmäßig verankerten Neutralität unvereinbar, es gilt diese zu verteidigen und eine dementsprechende aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik durchzusetzen, fordert Stockinger.

Referent Brigadier M. Schaffer, Präsident der Milizverbände, beschreibt das Milizheer, das ja laut Verfassung den eigentlichen Kern des Bundesheeres, eines Verteidigungsheeres, darstellen soll. Artikel 79 der österreichischen Verfassung schreibt fest, dass das Bundesheer „nach den Grundsätzen der Miliz“ einzurichten ist. Dazu gehören eine kurze Grundausbildung und regelmäßige Truppenübungen. Dieses Volksheer, dessen Grundgedanke schon in der französischen Revolution entstand, ist ein Recht der

Österreicher! Dieses Milizheer steht derzeit nur mehr auf dem Papier. Die verpflichtenden Milizübungen wurden im Jahr 2005 abgeschafft. Die jetzige „Milizreform“ des Ministeriums ist laut Schaffer ein weiterer Schritt in Richtung Berufsheer. Es wird alles verkauft, was die Miliz brauche, z.B. kleine peripher gelegene Kasernen und ein Großteil des notwendigen Geräts. Trotz des eindeutigen NEIN-Ergebnisses bei der Volksbefragung im Jänner 2013 verfolgt vor allem der Generalstab, in entscheidenden Posten durchgängig durch Berufsmeebetreiber besetzt, ein Konzept des Umbaus in ein Berufsheer durch die Hintertür, das zu Kriegseinsätzen im Ausland verwendet wird. Das ist alles mit der Neutralität nicht vereinbar! Das Wehrgesetz legt das österreichische Wehrsystem als ein Milizheer (§ 1, 1 WG) auf Basis der Allgemeinen Wehrpflicht (§ 1, 2 WG) fest. Diesem System entsprechend hat das Bundesheer den militärischen Erfordernissen eines Einsatzes organisatorisch zu entsprechen.

Referent M. Kösten, GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, referierte über die neue Broschüre „Kriegstreiber am Werk“. Er stellte die international steigende Kriegsgefahr, die Kriegstreiber, ihre Betreiber und Unterstützer dar und arbeitete die Hintergründe dafür heraus: die vor allem wirtschaftliche Konkurrenz um Macht- und Einflussphären, vom Nahen Osten bis zur Ukraine. Er zeigte auch auf, dass in Österreich alle Etablierten, ob in der Regierung, ob in der Opposition, wenn sie von Neutralität reden, in Wirklichkeit im Namen von „Neutralität“ und „Friedenssicherung“ entweder offen – wie die Regierung – auf noch mehr EU- und NATO-Teilnahme Österreichs hinarbeiten, oder – wie die FPÖ-Opposition – wenn sie von Neutralität und gegen die NATO reden, nur die enge Abstimmung Österreichs mit bzw. die Anbindung Österreichs an Deutschland meinen. Doch der Verfassungsauftrag heißt: Verteidigung der Neutralität und nicht „Solidarität“, d.h. Mitmachen mit oder bei EU oder NATO-„Missionen“ oder Anbindung oder Anbiederung an Deutschland.

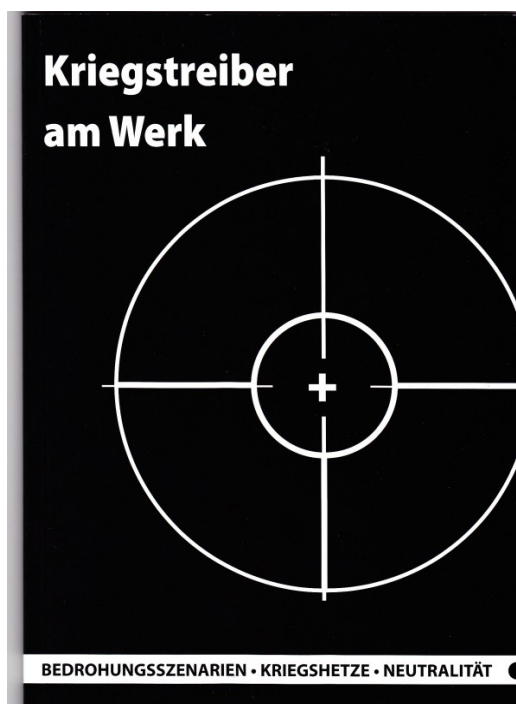
Die Veranstaltung war sehr gut besucht, die Referate fanden starken Anklang, das Publikum

war interessiert und engagiert. Es wurde ein Folgetreffen zur aktiven Teilnahme und Weiterarbeit in der Sache vereinbart. Weiters laden wir alle ein, sich mit uns in Verbindung zu setzen, um zum Anlass des 26. Oktobers (60. Jahrestag der Neutralitätserklärung) gemeinsam aktiv zu werden.

Bestellt und verbreitet die Broschüre „Kriegstreiber am Werk“, sie ist ein Medium gegen den Krieg!

Anhand einer Fülle von Fakten und Zitaten, die in dieser Dichte kaum sonst wo zusammengestellt sind, zeigt die Broschüre die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion. Die Broschüre ermutigt, zusammenzufinden und gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

(Einzelpreis: 4,80 € exkl. Porto. Bitte am Zahlschein „Broschüre“ angeben.



Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida.

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. Oder: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom IBAN: AT22600000073055305